



Jusos Marburg-Biedenkopf

JungsozialistInnen in der SPD • Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Frankfurter Str. 47, 35037 Marburg

fon (06421) 16 990 11

fax (06421) 16 990 18

jusos-marburg-biedenkopf.de

Pressemitteilung

Die heutige Wendung im Drama um die Regierungsbildung in Hessen hat uns betroffen gemacht. Wir haben im Wahlkampf engagiert für einen Regierungswechsel, für eine soziale Politik in Hessen gekämpft und sind enttäuscht, dass dieser nicht Realität geworden ist.

Heute ist ein Konflikt deutlich geworden, der Politik insgesamt bestimmt: die Freiheit des Mandats, das persönliche Gewissen der Abgeordneten gegen die Solidarität mit Mehrheitsentscheidungen der eigenen Partei. Es ist nicht leicht, das eine gegen das andere abzuwägen und die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Die Entscheidung der vier Abgeordneten Metzger, Walter, Everts und Tesch sind vor diesem Konflikt zu bewerten. Es verdient einerseits Respekt, sich gegen allen Druck für sein Gewissen zu entscheiden, sich damit öffentlich gegen eine Mehrheit zu stellen. Wir machen aber auch deutlich, dass es uns unverständlich ist, eine solche Entscheidung erst unmittelbar vor der Wahl der Ministerpräsidentin bekanntzugeben und dabei die Arbeit von Monaten hinfällig zu machen. Dieses Vorgehen wirft die Frage auf, warum ein solcher Schritt nicht früher und solidarischer kommuniziert werden kann – bevor sich 95% der Delegierten auf verschiedenen Landesparteitagen für eine Duldung und den ausgehandelten Koalitionsvertrag ausgesprochen hatten.

Andererseits kann Politik nicht funktionieren, wenn Einzelne die in langen Prozessen gefundenen Mehrheitsentscheidungen nicht mittragen. Diese Einzelnen müssen sich in der letzten Konsequenz fragen, inwieweit sie diese Mehrheit auch insgesamt noch repräsentieren können und wollen. Insbesondere bedauern wir die Entscheidung der 4 Abgeordneten vor dem Hintergrund, dass die politischen Inhalte, für die wir Jusos gewonnen haben und für die die SPD in der hessischen Bevölkerung großen Zuspruch erhalten hat, vermutlich nicht mehr in der von uns erhofften Weise umgesetzt werden können. Viele von uns haben selbst nach einem schweren Prozess der Abwägung der Tolerierung durch DIE LINKE zugestimmt, um einen Politikwechsel in Hessen zu ermöglichen. Für uns bleibt die Frage, welcher Stellenwert den programmatischen Inhalten der Politik im politischen Gesamtgefüge zugewiesen werden soll.

Wir hoffen, dass die SPD in Hessen diese tiefe Krise zum Anlass nimmt, um über den gegenseitigen Umgang miteinander nachzudenken. Wir hoffen, dass alle Kräfte in der SPD wieder zueinander finden, um einen echten Neuanfang für Hessen zu ermöglichen. Hessen hat Roland Koch nicht verdient!